

Das Jugendparlament als Einstieg in die Politik?

In der Schweiz gibt es etwa 60 Jugendparlamente (Jupa). Bern, Luzern und Zürich prüfen zudem kantonale Jupas. Können Jugendparlamente genug Junge für Politik motivieren? Fragen an drei junge Interlakner Gemeinderäte.

Viele Wege führen in die Politik. In Interlaken scheinen es aber einige mehr zu sein als andernorts: Drei der sieben Mitglieder der Exekutive wurden im Jugendparlament der Berner Oberländer Gemeinde, dem Jupa, politisiert. Zufall oder nicht? Die «Schweizer Gemeinde» fragte bei den Gemeinderäten Manuela Nyffeler (SVP), Sabina Stör und Kaspar Boss (beide SP) nach.

Wie seid ihr zur Politik gekommen?

Kaspar Boss: Mein Urgrossvater war Nationalrat, der Grossvater Grossrat, und mein Vater sass im Gemeinderat – zudem war meine Mutter die erste Gemeindeparlamentarierin: Eigentlich wurde ich also am SP-Familientisch politisiert. Das Jupa brachte mich aber auf die Liste für das Gemeindeparlament.

Sabina Stör: Ich komme nicht aus einer politischen Familie. Dennoch motzte ich

als Gymnasiastin oft über Politik. Als die Idee aufkam, ein Jugendparlament zu gründen, fühlte ich mich verpflichtet mitzuhelfen und wurde Präsidentin. Später trat ich der SP bei, weil ich merkte, dass man nur in einer Partei etwas bewegen kann.

Manuela Nyffeler: Als Schülerin schrieb ich einen kritischen Leserbrief und wurde vom Jupa eingeladen mitzudiskutieren – und Sabina wurde meine «Jupa-Gotte». Da mein Vater ebenfalls Gemeinderat war für die SVP und zu Hause entsprechend oft politisiert wurde, war das Jugendparlament für mich eine gute Möglichkeit, um meine eigene politische Haltung zu finden.

Was bleibt aus dieser Zeit?

Stör: Bei mir sind es nicht Erinnerungen an ein einziges Riesenprojekt. Die vielen Debatten damals haben jedoch einigen

Kollegen gezeigt, dass es sich lohnt, sich für etwas zu engagieren.

Nyffeler: Setzt man sich ernsthaft mit unterschiedlichen Meinungen auseinander, ist Sachpolitik möglich – das bleibt mir in Erinnerung.

Boss: Dass der Grosse Gemeinderat dem Wunsch der Jugendlichen entsprach, jeweils zwei Jupa-Vertreter an den GGR-Sitzungen zuzulassen, war sicher ein wichtiger Erfolg. Das ist übrigens noch heute vorgesehen, sollte das Jugendparlament je wieder auferstehen.

Ist der Einstieg in die Politik einfacher via Jugendparlament?

Boss: Ohne Jupa hätte ich wohl kaum für den Grossen Gemeinderat kandidiert. Mit dem Jugendparlament war die Hürde, sich politisch zu engagieren, wegen der Gruppendynamik sicher tiefer.



Sabina Stör, Kaspar Boss und Manuela Nyffeler engagieren sich in Interlaken im Gemeinderat, der Exekutive. Sie haben den Einstieg in die Politik über das Interlakner Jugendparlament gefunden.

Bilder: Samuel Thomi



Kaspar Boss.

Stör: Allerdings mussten wir auch mit einem Parlament im Dorf – das allgemein bereits als tiefere Hürde zum Einstieg in die Politik gilt – die Jungen persönlich ermuntern, bei uns mitzumachen.

Hättet ihr euch mehr Unterstützung gewünscht?

Nyffeler: Nein, was wir wollten, erreichten wir. Für mich ist Nachwuchsförde-



Sabina Stör.

rung klar Aufgabe der Parteien. Ich frage mich sogar, wie sinnvoll Jungparteien sind. Junge sollten direkt in den Parteien integriert werden.

Boss: Jungparteien dürfen auch mal über die Stränge schlagen. Meine Erfahrung allerdings ist, dass diese nur sinnvoll sind, wenn man sich bereits politisch positioniert hat. Dafür ist ein Jupa genau das Richtige.

Stör: Dass Junge nebst Parteien Gefässe haben, um Politik zu üben, ist wichtig. Und Jugendparlamente dürfen auch vorübergehend einschlafen, das gehört wohl dazu. Als Konstante fände ich aber wichtig, dass Politik in der Schule ver-

mehrt thematisiert wird. Heute hängt das zu stark von einzelnen Lehrkräften ab.

Nyffeler: Als Bildungsvorsteherin versuche ich das zu verbessern, insbesondere bei lokalen Themen.

Was hat sich mit dem Einstieg in die Politik der Grossen geändert?

Stör: In der Exekutive gilt es ernst, man kann nicht mehr einfach ausprobieren. Als Ressortvorsteher führen wir Mitarbeitergespräche oder vertreten als Kollegialbehörde auch einmal andere Meinungen als die eigene.

Nyffeler: Die Diskussionen und Sitzungen sind strukturierter; das Hobby wurde zum Teilzeitjob.

Drei von sieben Interlakner Gemeinderäten kennen sich aus dem Jupa: Zeigt sich das in den Sitzungen?

Stör: Ich würde sagen: nein (schaut fragend in die Runde, Anm. d. Red.). Vielleicht gewichten wir manche Themen aber etwas anders, weil zum Beispiel viele in unserem Umfeld Eltern werden, eine Ausbildung machen oder weil wir eingeschliffene Abläufe hinterfragen. Die Revolution zetteln wir aber nicht an (lacht).

Nyffeler: Punkto Kommunikation sind wir wohl etwas offensiver. Das Argument «Das haben wir schon immer so gemacht» zählt bei uns kaum.

Boss: Man darf aber sicher sagen, dass der jetzige Gemeinderat etwas mutiger ist und wagt, gewisse Risiken einzugehen. Ob dies der Jupa-Vergangenheit, dem Alter der Mitglieder oder sonst etwas zuzuschreiben ist, ist allerdings schwer zu sagen.

Stör: Damit es keine falschen Vorstellungen gibt: Wir Jungen stimmen nicht im-

mer gemeinsam – wenn es im Kollegium überhaupt zu einer Abstimmung kommt.

Wie fördert ihr heute junge Politiker in eurer Gemeinde?

Nyffeler: Ich ermuntere die Lehrpersonen, die Politik und insbesondere lokale Themen mit den Schülern mehr zu diskutieren, und lade die Schulklassen zu Sitzungen des Gemeindeparklaments ein.

Stör: Ideen oder Wünsche von Jugendlichen gelangen heute zum Beispiel via Jugendarbeit an uns.



Manuela Nyffeler.

Boss: Bei Anlässen mit der Jugendfeuerwehr oder der Jugendmusik gibt mein Alter immer wieder zu reden. Wenn die Jugendlichen dann erfahren, dass es zwei Gemeinderätinnen gibt, die noch jünger sind als ich, bietet mir dies immer die Möglichkeit, die Jungen aufzufordern, ihren Platz in der Politik ebenfalls einzufordern.

Samuel Thomi

Informationen:
www.dsj.ch/aktuelles/

Jupa Interlaken: gut zehn Jahre aktiv

Vor fünf Jahren feierte das Jugendparlament Berner Oberland Ost – wie das Jupa Interlaken offiziell hiess – den zehnten Geburtstag. Nach einem Generationenwechsel fanden sich jedoch kaum noch Mitglieder; seit 2012 liegen alle Aktivitäten auf Eis. Bis dahin machte das Jupa immer wieder von sich reden: mit Aktionen gegen Abfall und Lärm, einem Gratisveloverleih, dem «Easy»-Abstimmungsbüchli (das heute vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente herausgegeben wird) oder mit Podien. Zwei Beisitzer ohne Stimmrecht könnte das Jupa im Grossen Gemeinderat von Interlaken noch immer stellen. Das Jupa war als Verein organisiert und wurde von allen Gemeinden im einstigen Amtsbezirk finanziell unterstützt.

sat

Politikförderung für Junge? Nicht einmal Zahlen gibt es

Der Bund investiert jährlich 70 Millionen Franken in die Sportförderung. Dagegen fristet die politische Nachwuchsförderung ein Mauerblümchendasein. Allen politischen Sonntagsreden zum Trotz, fliesst kaum Geld für die Milizpolitiker.

Was dem Bund künftige Spitzenplätze im Sport wert sind, dafür reichen ein paar Klicks: Laut Website des Bundesamtes für Sport (Baspo) flossen vorletztes Jahr fast 67 Millionen Franken in die Jugendausbildung von rund 70 unterschiedlichen Sportarten. Dazu kommen laut

Manuela Nyffeler

steht seit 2012 dem Ressort Bildung vor. Sie wurde aus dem Jupa direkt in den Gemeinderat gewählt. Die 28-Jährige arbeitet als Teamleiterin der Infozentrale am Flughafen Bern. Sie gehört der SVP an.



Auch gebe es keine speziellen Ausbildungskurse. Allerdings fördern die Parlamentsdienste den politischen Nachwuchs insofern, als sie das Bundeshaus für die Jugendsession, das Projekt «Schulen nach Bern» oder Führungen zur Verfügung stellen, oder auch durch den Betrieb des Politforums, Käfigturm in der Nähe des Bundeshauses.

Wie also werden Politiker ausgebildet, respektive wie wird bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Interesse für Politik geweckt? Anders als in Deutschland mit der Bundeszentrale für politische Bildung müssen in der Schweiz Private in die Bresche springen. Seit sechs Jahren lädt zum Beispiel der Verein «Schulen nach Bern» Sekundarschüler dank Sponsoren ins Bundeshaus ein und ersucht nach einer ersten Pilotphase derzeit für den Weiterbetrieb des Politförderprogramms um Unterstützung aus dem Bundestopf.

Baspo-Sprecher Kurt Henauer nochmals rund 7 Millionen Franken für die Nachwuchsförderung der verschiedenen Sportverbände.

Broschüre und die Jugendsession

Wer wissen will, wie viel die Eidgenossenschaft in ihren ebenso oft gepriesenen weltweiten Spitzenplatz als Demokratie investiert, erntet Stirnrunzeln. Bei der Bundeskanzlei heisst es: «Es gibt beim Bund keinen Sammelposten, in dem Politikförderung zusammengefasst wäre.» Laut Sprecher Thomas Abegglen stellen sich zudem Abgrenzungsfragen, was darunter zu verstehen sei. Die Broschüre «Der Bund kurz erklärt» etwa habe zwar «zweifelloso auch eine wichtige Funktion für den Staatskundeunterricht der Schulen». Sie stelle aber nicht den Staatskundeunterricht des Bundes dar, so Abegglen. «Die Verwaltung käme mit solchen Zuordnungen sofort in Teufels Küche.» Man müsse die Zuordnungen der einzelnen Posten selber machen. Anfrage im Bundeshaus selbst: «Die Parlamentsdienste betreiben keine Politikförderung durch Subventionierungen oder andere Auszahlungen von Geldmitteln», antwortet Sprecher Mark Stucki.

Bund zahlt 750 000 Franken pro Jahr

Davon will der Bundesrat jedoch nichts wissen. Allein 2014, antwortete die Regierung auf einen Vorstoss, habe der

Kaspar Boss

leitet seit 2010 das Ressort Bau und Planung. Er ist Jupa-Gründungsmitglied und wurde mit knapp 20 Jahren als SP-Mitglied in den GGR gewählt. Der 35-Jährige arbeitet als Fotograf.

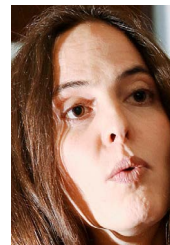


Bund über 750 000 Franken an ausser-schulische Aktivitäten zur Förderung der politischen Partizipation bewilligt. Für Schulbildung sind nämlich die Kantone verantwortlich. Als förderwürdige Beispiele erwähnt der Bundesrat nebst der Jugendsession Projekte wie «easyvote» oder den Leistungsvertrag mit dem Dachverband der Jugendparlamente.

(vgl. S. 19) Zudem unterstützt der Bund Strukturen von Jugendorganisationen, worunter auch Jungparteien fallen. Laut Szenekennern wurde bisher nie erhoben, wie viele erste Schritte von Politikern so gefördert wurden. Denn in der

Sabina Stör

ist seit 2010 Interlakener Gemeinderätin mit Ressort Industrielle Betriebe. Zuvor politisierte die ehemalige Jupa-Präsidentin im Grossen Gemeinderat. Die 34-Jährige ist Schulsozialarbeiterin und SP-Mitglied.



föderalistischen Schweiz hat politische Bildung auf Bundesebene wenig Bedeutung, was sich auch im Lehrplan 21 zeigt, der das Thema ebenfalls kaum behandelt.

Kantonale und lokale Engagements

So bleiben – nebst Nachwuchsförderprogrammen der politischen Parteien – ehrbare Ansätze Privater wie das ein Jahr dauernde Projekt «100-mal politische Bildung» zum runden Geburtstag der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Oder der ursprünglich vom Europarat lancierte Wettbewerb «Jugend debattiert», der heute von der Stiftung Dialog durchgeführt wird. Am Rand engagiert sich zudem die Stiftung éducation21 für politische Bildung. Dazu kommen kantonale und lokale Initiativen wie etwa das Jugendpolitische Candlelight-Dinner der Solothurner Jugendverbände, wo deren Vertreter auf Politiker treffen. Volkshochschulen, die Politikerlehrgänge anbieten, Kantone – wie Bern – die Wahltrainings für Frauen durchführen, oder junge Gemeinderatsmitglieder, die mit Flyern für weitere Nachwuchspolitiker werben.

Samuel Thomi